

1975	Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 1975	Nr. 5
------	---------------------------------------	-------

Tag	Inhalt	Seite
22. 1. 75	Gesetz zu dem Vertrag vom 14. August 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Haiti über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	101
10. 12. 74	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union über Kapitalhilfe	110
18. 12. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau	112
19. 12. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich einer Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum	113
19. 12. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens	114
23. 12. 74	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Vietnam über Kapitalhilfe	114
14. 1. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	116
15. 1. 75	Bekanntmachung der Empfehlung des Rates der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Luftreinhaltung	116
17. 1. 75	Bekanntmachung über Verwaltungsmaßnahmen gemäß Abschnitt IV der Vereinbarung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Rheinschiffsverkehr	119

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 14. August 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Haiti
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. Januar 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Port-au-Prince am 14. August 1973 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Haiti über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 17. Juli 1973 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

—

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 22. Januar 1975

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Wirtschaft
Friderichs

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Haiti
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Haïti
relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle
des investissements de capitaux

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Haiti

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Ent-

La République fédérale d'Allemagne
et
la République d'Haïti

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux États,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux États sur le territoire de l'autre État et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1^{er}

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'États tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'États tiers.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisa-

schädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Entscheidung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Stataangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im

tion. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le libre transfert du capital investi et du produit de ce capital et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 11, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie Contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale

Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Recht des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

- b) in bezug auf die Republik Haiti:
Haitianer im Sinne des Gesetzes über die Vorschriften betreffend die haitianische Staatsbürgerschaft.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet:

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

- b) in bezug auf die Republik Haiti:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung

par rapport au dollar U.S. à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée relativement à des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son Territoire.

Article 8

(1) Le terme «investissements» comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement:

- a) La propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage, etc.;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et good will;
- e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par «produits» les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par «ressortissants»:

- a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;

- b) en ce qui concerne la République d'Haïti:
les Haïtiens au sens de la loi déterminant les règles relatives à la Nationalité Haïtienne.

(4) On entend par «sociétés»:

- a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;

- b) en ce qui concerne la République d'Haïti:

toute personne morale, toute société de commerce ou autre association ayant une personnalité juridique dont

mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in Haiti hat und nach den hierfür geltenden Gesetzen gegründet worden ist.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vor-

le siège social est en Haïti et qui aurait été constituée dans le cadre des lois régissant la matière.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectué sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne.

Article 10

Dans le cadre du présent Traité, chaque Partie Contractante accordera le traitement national, en vertu du fait que ce traitement est également accordé dans les mêmes matières par l'autre Partie Contractante.

Article 11

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le Président dans un délai de trois mois, après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était également empêché, c'est au Membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 12

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des

übergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Haiti innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Port-au-Prince am 14. August 1973 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Erich A. H ü s c h

Für die Regierung der Republik Haiti
Dr. A. R a y m o n d

mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République d'Haïti dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 13 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Port-au-Prince, le 14 août 1973 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne
Erich A. H ü s c h

Pour la République d'Haïti
Dr. A. R a y m o n d

Protokoll**Protocole**

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Haiti haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Soweit die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für Kapitalanlagen ausländischer Staatsangehöriger oder Gesellschaften ein Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren erfordern, gilt dieser Vertrag für eine bestimmte Kapitalanlage erst dann, wenn das entsprechende Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren abgeschlossen ist. Vom Zeitpunkt der Genehmigung oder Zulassung genießt diese Kapitalanlage den vollen Schutz dieses Vertrages.

(2) Zu Artikel 2

a) Als Bestätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung, Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Genehmigung oder Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei mit diesen in der Genehmigungs- oder Zulassungsurkunde besondere Bedingungen hinsichtlich

aa) der Verwaltung der Kapitalanlage,

bb) der wirtschaftlichen Betätigung

vereinbaren. Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so wird Artikel 2 insoweit nicht angewendet. Diese Bedingungen sind jedoch nur dann gültig, wenn die abweichenden Maßnahmen, die sie beinhalten, in der Genehmigungs- oder Zulassungsurkunde ausdrücklich bezeichnet und im einzelnen festgelegt sind.

c) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République d'Haiti et la République fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Ad Article 1^{er}

Tant que les dispositions légales ou réglementaires d'une Partie Contractante exigent, dans le cas des investissements de capitaux de ressortissants ou sociétés étrangers, une procédure d'agrément ou d'admission, les dispositions du présent Traité ne s'appliqueront à un investissement de capitaux déterminé qu'après que la procédure d'agrément ou d'admission y relative aura été accomplie. A dater de l'agrément ou de l'admission, cet investissement de capitaux jouira de l'entière protection du présent Traité.

(2) Ad Article 2

a) Seront considérés comme activité au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme «traitement moins favorable» au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave de nature non réglementaire à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 2.

b) Chaque Partie contractante pourra, dans l'intérêt de son économie nationale et lors de l'agrément ou de l'admission d'un investissement de capitaux effectué par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, convenir avec ceux-ci dans l'acte d'agrément ou d'admission de conditions spéciales concernant:

aa) L'administration de l'investissement de capitaux;

bb) l'activité économique.

Dans la mesure où des conditions de ce genre sont convenues, les dispositions de l'article 2 ne seront pas applicables. Ces conditions ne seront cependant valables que si les mesures dérogatoires qu'elles comportent sont explicitement précisées et leurs modalités fixées dans l'acte d'agrément ou d'admission.

c) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad Article 3

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public

oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) Zu Artikel 4

Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(5) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrages angelegt sind,
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

GESCHEHEN zu Port-au-Prince, am 14. August 1973 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Erich A. H ü s c h

Für die Regierung der Republik Haiti
Dr. A. R a y m o n d

ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par «expropriation» le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

(4) Ad Article 4

Est également considérée comme «liquidation» au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(5) Ad Article 6

Est considéré comme effectué «sans délai» au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Ad Article 8

- a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.
- b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

(7) En cas de transport de biens ou de personnes en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux, les Parties Contractantes n'excluront pas et n'entraveront pas les entreprises de transport de l'autre Partie Contractante et, en cas de besoin, accorderont les autorisations nécessaires aux transports. Cela s'applique aux transports

- a) de biens qui sont destinés directement à un investissement de capital au sens du présent Traité ou qui sont achetés sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un État tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle des fonds au sens du présent Traité sont investis;
- b) de personnes qui effectuent des voyages en relation avec l'exécution d'investissements de capitaux.

FAIT à Port-au-Prince, le 14 août 1973 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne
Erich A. H ü s c h

Pour la République d'Haïti
Dr. A. R a y m o n d

Port-au-Prince, den 17. Juli 1973

Port-au-Prince, le 17 juillet 1973

Herr Staatssekretär,

Ich beehre mich, den Empfang des heutigen Schreibens Eurer Exzellenz zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Haiti deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Haiti einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Erich A. H ü s c h
Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Adrien Raymond
Staatssekretär
für Auswärtige Angelegenheiten und Kultus
Port-au-Prince

Monsieur l'Ambassadeur,

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République d'Haïti accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en Haïti désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République d'Haïti, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Veillez agréer, Excellence, l'expression de ma haute considération.

Docteur Adrien R a y m o n d
Secrétaire d'État

Son Excellence
Monsieur Erich A. Hüs ch,
Ambassadeur
de la République fédérale d'Allemagne,
Port-au-Prince

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union
über Kapitalhilfe**

Vom 10. Dezember 1974

In Rangun ist am 22. Mai 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 22. Mai 1974

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Dezember 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Sozialistischen Republik
der Birmanischen Union

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der birmanischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Union of Burma Bank, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen in Höhe von 6 Millionen Deutsche Mark (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen, wovon ein Betrag bis zur Höhe von 3 600 000,— DM (in Worten: dreimillionensechshunderttausend Deutsche Mark) zur Finanzierung einer Gasverflüssigungsanlage, der verbleibende Betrag zur Finanzierung von Ersatzteilen und zusätzlichen Lieferungen hauptsächlich für Projekte, die im Rahmen der deutschen Kapitalhilfe finanziert wurden, bereitgestellt werden.

(2) Das Vorhaben Gasverflüssigungsanlage kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmt der zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließende Vertrag. Der Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

(2) Die Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen und den sich daraus ergebenden Transfer in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des abzuschließenden Darlehensvertrages.

Artikel 3

Die Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Darlehensvertrages in der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union erhoben werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union gewährleistet bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten die freie Wahl der Transportunternehmen für Personen und Güter im Luft- bzw. Seeverkehr.

(2) Die deutschen und die birmanischen Schiffahrtsunternehmen werden an den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Gütern aus der Bundesrepublik Deutschland angemessen und gleichberechtigt beteiligt. Die Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union verpflichtet sich, gegebenenfalls die für die Teilnahme deutscher Schiffahrtsunternehmen erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für das Vorhaben Gasverflüssigungsanlage, die aus dem Darlehen bezahlt werden, sollten international öffentlich ausgeschrieben werden, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Rangun, am 22. Mai 1974, in zwei
Ürschriften, jede in deutscher, birmanischer und englischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
Bei unterschiedlicher Auslegung soll der englische Wortlaut
maßgebend sein.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Klaus Terfloth

Für die Regierung
der Sozialistischen Republik der Birmanischen Union
Chit Moug

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die politischen Rechte der Frau**

Vom 18. Dezember 1974

Das Übereinkommen vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1929, 1970 II S. 46) ist nach seinem Artikel VI Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Barbados	am	12. April 1973
Mali	am	14. Oktober 1974
Spanien	am	14. April 1974

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

(Translation)

Articles I and III of the Convention shall be interpreted without prejudice to the provisions which in current Spanish legislation define the status of head of family.

Articles II and III shall be interpreted without prejudice to the norms relating to the office of Head of State contained in the Spanish Fundamental Laws.

Article III shall be interpreted without prejudice to the fact that certain functions, which by their nature can be exercised satisfactorily only by men or only by women, shall be exercised exclusively by men or by women, as appropriate, in accordance with Spanish legislation.

(Übersetzung)

Die Artikel I und III des Übereinkommens werden unbeschadet der Bestimmungen des geltenden spanischen Rechts über die Stellung des Familienoberhaupts ausgelegt.

Die Artikel II und III werden unbeschadet der in den spanischen Grundgesetzen enthaltenen Normen über das Amt des Staatsoberhaupts ausgelegt.

Artikel III wird unbeschadet der Tatsache ausgelegt, daß bestimmte Aufgaben, die ihrer Natur nach zufriedenstellend nur von Männern oder nur von Frauen ausgeübt werden können, ausschließlich von Männern bzw. Frauen nach Maßgabe der spanischen Rechtsvorschriften ausgeübt werden.

Das Vereinigte Königreich hat am 15. Oktober 1974 gegenüber den Vereinten Nationen die Zurücknahme der bei der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde erklärten Vorbehalte (Bekanntmachung vom 11. Januar 1972, Bundesgesetzbl. II S. 17) bezüglich der Beschäftigung verheirateter Frauen im Diplomatischen Dienst Ihrer Majestät und im Verwaltungsdienst von Nordirland, Antigua, Hongkong und St. Lucia sowie der Entlohnung der Frauen im Verwaltungsdienst von Seychellen notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Februar 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 165), die dahin ergänzt wird, daß sich die Mitgliedschaft der Niederlande auch auf Surinam erstreckt.

Bonn, den 18. Dezember 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich einer Änderung des Übereinkommens
zur Errichtung der Pflanzenschutz-Organisation
für Europa und den Mittelmeerraum**

Vom 19. Dezember 1974

Die vom Rat am 18. September 1968 beschlossene Änderung der Artikel XVIII und XIX sowie der Anlage I des in Paris am 18. April 1951 unterzeichneten, durch Ratsbeschluß vom 27. April 1955 neu gefaßten Übereinkommens zur Errichtung der Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 581, 1970 II S. 1013) ist nach Artikel XIX Buchstabe b des Übereinkommens für folgende Staaten in Kraft getreten:

Algerien	am	4. August 1969
Bulgarien	am	7. Januar 1970
Dänemark	am	25. Februar 1969
Finnland	am	26. Mai 1971
Frankreich	am	7. Februar 1969
Griechenland	am	25. Juni 1970
Jugoslawien	am	6. Juli 1971
Luxemburg	am	9. März 1971

Niederlande	am	2. Juni 1971
Norwegen	am	15. September 1971
Portugal	am	28. Mai 1969
Rumänien	am	12. Februar 1973
Schweden	am	7. Juli 1969
Spanien	am	20. Mai 1969
Tschechoslowakei	am	23. Juni 1970
Türkei	am	8. Dezember 1969
Ungarn	am	3. Juni 1970
Vereinigtes Königreich	am	17. Januar 1970
Zypern	am	22. April 1969

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. August 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1013), die dahin berichtigt wird, daß die Änderung für die Bundesrepublik Deutschland am 16. März 1971 (nicht am 5. September 1969) in Kraft getreten ist.

Bonn, den 19. Dezember 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung
von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens

Vom 19. Dezember 1974

Das Übereinkommen vom 30. Juni 1967 zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1183, 1200) ist nach seinem Artikel 13 für

Ungarn am 18. November 1974
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Februar 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 95).

Bonn, den 19. Dezember 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Vietnam
über Kapitalhilfe

Vom 23. Dezember 1974

In Saigon ist am 5. September 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Vietnam über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 5. September 1974
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Dezember 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Vietnam über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Vietnam

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Vietnam,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Entwicklung der vietnamesischen Wirtschaft zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Vietnam und/oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Vorhaben

- Schlachthof Saigon, zweite Stufe,
- Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen,
- Lagereinrichtungen für landwirtschaftliche Produkte,
- Förderung von Agroindustrien,
- Provinziale Stromversorgung,
- Provinziale Wasserversorgung,

wenn nach Prüfung ihre Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zur Höhe von insgesamt vierzig Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Vietnam durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen den Darlehensnehmern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Vietnam — soweit sie nicht selber Darlehensnehmer ist — und die vietnamesische Zentralbank garantieren gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen und den sich daraus ergebenden Transfer in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer auf Grund der abzuschließenden Darlehensverträge.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Vietnam stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Darlehensverträge in der Republik Vietnam erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Vietnam überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen bezahlt werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Vietnam innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Saigon am 5. September 1974 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und in französischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Gerhard König

Für die Regierung
der Republik Vietnam
Chau - Kim - Nhan

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr**

Vom 14. Januar 1975

Das Protokoll vom 28. September 1955 zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 291) ist nach seinem Artikel XXIII für

Jordanien am 13. Februar 1974
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. November 1974 (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 24).

Bonn, den 14. Januar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung
der Empfehlung des Rates der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (OECD) zur Luftreinhaltung**

Vom 15. Januar 1975

Der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat auf seiner 362. Sitzung am 18. Juni 1974 die Empfehlung über Leitlinien für Maßnahmen zur Verringerung der Schwefeloxidemissionen und der staubförmigen Emissionen, die durch die Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen entstehen, verabschiedet. Die Empfehlung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Januar 1975

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Dr. Günter Hartkopf

Organisation
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Rat

Empfehlung des Rates über Leitlinien für Maßnahmen zur Verringerung der Schwefeloxidemissionen und der staubförmigen Emissionen, die durch die Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen entstehen (vom Rat auf seiner 362. Sitzung am 18. Juni 1974 verabschiedet)

Der Rat,

im Hinblick auf Artikel 5 (b) des Übereinkommens über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. Dezember 1960,

im Hinblick auf den Bericht und die Schlußfolgerungen der Gemeinsamen ad hoc-Gruppe für Luftverschmutzung durch die Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen (OECD, Paris 1973),

im Hinblick auf die Entscheidung des Rates vom 18. April 1972 über ein kooperatives technisches Programm zur Messung des weiträumigen Transportes von Luftverunreinigungen [C (72) 13 (endgültige Fassung)],

im Hinblick auf die Resolution des Rates vom 20. und 24. Oktober 1972 in bezug auf ein Gesamtprogramm für langfristige Energiepolitik und verwandte Fragen [C/M (72), 28, Teil II (endgültige Fassung), Punkt 253],

im Hinblick auf die Empfehlung des Rates vom 26. Mai 1972 über Leitlinien in bezug auf die internationalen wirtschaftlichen Aspekte umweltpolitischer Maßnahmen [C (72) 128],

im Hinblick auf die große Zahl der möglichen Methoden zur Bekämpfung der Luftverschmutzung durch ortsfeste Emissionsquellen, wie z. B. Verwendung von Staubfiltern hoher Leistungsfähigkeit, Entschwefelung vor, während und nach der Verbrennung, Errichtung hoher Schornsteine, entsprechende Standortwahl, Verwendung sauberer Heiz- und Brennstoffe in Stadtgebieten sowie Fernheizung,

in Anbetracht der Flexibilität der durch diese große Auswahl geeigneter Maßnahmen ermöglichten Politik und der relativ hohen Leistungsfähigkeit der verschiedenen Mittel,

in Anbetracht der genannten Möglichkeiten im Hinblick auf die Verringerung von Emissionen und die Reinigung von Heiz- und Brennstoffen sowie in Anbetracht der Investitions- und Betriebskosten und gegebenenfalls der durch die Verringerung der Verschmutzung erzielten Vorteile,

in Anbetracht der Auswirkungen der internationalen Lage auf dem Gebiet der Heiz- und Brennstoffversorgung,

in Anerkennung der Tatsache, daß unter sauberen Heiz- und Brennstoffen sowohl jene zu verstehen sind, aus denen durch eine entsprechende Behandlung die Schadstoffe entfernt wurden, als auch solche, die von Natur aus sauber sind,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Staaten Verantwortung dafür tragen, daß die innerhalb ihres Hoheitsgebietes oder Kontrollbereichs stattfindenden Aktivitäten keinen Schaden für die Umwelt anderer Staaten verursachen;

Auf Vorschlag des Umweltausschusses:

I. EMPFIEHLT, daß die Regierungen der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf ortsfeste Emissionsquellen die nach-

stehenden umweltpolitischen Ziele so bald wie möglich verwirklichen sollten:

- a) bei bodennahen Emissionsquellen den Einsatz sauberer Heiz- und Brennstoffe zu fördern, insbesondere in Stadtgebieten und unter ungünstigen meteorologischen Verhältnissen;
- b) die ausreichende Versorgung mit saubereren Heiz- und Brennstoffen zu sichern, gegebenenfalls durch Förderung des Einbaus von Entschwefelungsanlagen in Raffinerien und sonstigen geeigneten Einrichtungen;
- c) den maximalen Schwefelgehalt von Mineralöldestillaten zu begrenzen;
- d) den Einsatz stark verschmutzender Heiz- und Brennstoffe auf große Anlagen zu beschränken, die mit hohen Schornsteinen und erforderlichenfalls mit modernen Staubfiltern und/oder gegebenenfalls Entschwefelungsanlagen ausgestattet sind;
- e) die wirtschaftliche Verwendung von Heiz- und Brennstoffen zu fördern;

Werden Maßnahmen im Sinne der Punkte a) bis e) getroffen, so sollten sowohl die Auswirkungen auf die örtlichen und regionalen Verhältnisse als auch auf die Umwelt anderer Staaten berücksichtigt werden.

II. FORDERT die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf:

- a) die Organisation bis spätestens 1. März 1975 über die gemäß dieser Empfehlung getroffenen Maßnahmen oder über die Gründe zu unterrichten, die es unmöglich gemacht haben, entsprechende Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt zu ergreifen;
- b) wenn immer möglich, regelmäßig Informationen über folgende Themen im Zusammenhang mit Emissionsquellen auszutauschen:

(i) Im Umweltausschuß:

- über Maßnahmen zur Bekämpfung von staubförmigen Emissionen und Schwefeloxidemissionen in geringer Höhe;
- über die für den Schwefelgehalt von Heiz- und Brennstoffen festgesetzten Grenzwerte;
- über Maßnahmen zur Bekämpfung von staubförmigen Emissionen und Schwefeloxidemissionen aus großen Anlagen, über den Umfang der Anwendung dieser Maßnahmen sowie ihre Wirksamkeit;
- über die Anwendung von Verfahren zur Reinigung von Heiz- und Brennstoffen.

(ii) Im Energieausschuß:

- über Entwicklungsarbeiten, die zur Förderung der wirtschaftlichen Verwendung fossiler Brennstoffe bestimmt sind.

III. WEIST hin auf die im Anhang enthaltenen „Technischen Erläuterungen zu Schwefeloxidemissionen und staubförmigen Emissionen, die bei der Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen entstehen“, die einen Bestandteil dieser Empfehlung darstellen.

Anhang

Technische Erläuterungen zu Schwefeloxidemissionen und staubförmigen Emissionen, die bei der Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen entstehen

Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft

1. Die gemeinsam von der Air Management Sector Group (AMSG) des Umweltausschusses, dem Energieausschuß und dem Mineralölausschuß durchgeführte Studie über Luftverschmutzung durch Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen gibt Anlaß zu Besorgnis im Hinblick auf die Luftverschmutzung durch den ständig steigenden Verbrauch an fossilen Brennstoffen. Wegen der unterschiedlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern und der eventuell zu erwartenden technologischen Veränderungen sind flexible Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung durch Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen erforderlich. Es wird die Ansicht vertreten, daß die Verringerung der Immissionskonzentrationen in Stadtgebieten, soweit sie die Toleranzgrenze überschreiten, mit besonderem Vorrang behandelt werden sollte. Die hier aufgeführten Leitlinien für Maßnahmen zur Verringerung von Schwefeloxidemissionen und staubförmigen Emissionen, die bei der Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen in ortsfesten Anlagen entstehen, sind speziell auf dieses Ziel ausgerichtet. Diese Leitlinien gründen sich auf die gegenwärtig in vielen Mitgliedsländern ergriffenen Maßnahmen.

2. Es bleibt jedem Land überlassen, darüber zu entscheiden, welche Bedingungen unter den jeweils herrschenden Umständen tragbar sind. Die Verantwortung der für Gesundheit und Gemeinwohl sowie für den Schutz der natürlichen Umwelt und der Lebensumwelt zuständigen Behörden wird in dieser Entscheidung über die tragbaren Bedingungen ihren Ausdruck finden.

Die Entscheidung ist auch politischer Natur und von vielen Faktoren, einschließlich der Höhe der Reinhaltungskosten, abhängig. Jedes Land sollte selbst ermitteln, wie sich die zu erwartenden Emissionen auf die Konzentration der jeweiligen Schadstoffe in der Umgebungsluft, insbesondere in Stadtgebieten, auswirken werden. Jedes Land sollte sich der Pflicht der Staaten bewußt sein, dafür zu sorgen, daß durch Tätigkeiten innerhalb ihres Hoheitsgebietes oder Kontrollbereiches der Umwelt in anderen Staaten kein Schaden zugefügt wird (Grundsatz 21, Stockholmer Erklärung über die Umwelt).

3. Es wird betont, daß die Frage der regionalen und globalen Verunreinigungskonzentrationen, einschließlich der Auswirkung des Transportes großer Schadstoffmengen und der langfristigen Zunahme von Verunreinigungen in den oberen Luftschichten, wichtig zu sein scheint und daß die Frage der Verringerung der Gesamtemissionen zu prüfen ist. Die Entscheidung wird sich nach den Ergebnissen des Programms für technische Zusammenarbeit zur Messung des weiträumigen Transportes von Luftverunreinigungen (Cooperative Technical Programme to Measure the Long Range Transport of Air Pollutants) der OECD richten. Im Augenblick empfiehlt es sich, die zweckmäßigsten Mittel zur Verringerung aller Emissionen einzusetzen.

Durchführung von Reinhaltungsmaßnahmen im Hinblick auf die Immissionskonzentrationen in Bodenhöhe

4. Es gibt viele verschiedene Methoden zur Verringerung der Schadstoffkonzentrationen in Bodenhöhe:

- a) Verwendung sauberer Heiz- und Brennstoffe, wie z. B. flüssige Heiz- und Brennstoffe mit niedrigem Schwefelgehalt;
- b) Beseitigung von Schadstoffen nach der Verbrennung und vor der Emission;
- c) Verteilung der Verunreinigungen mit Hilfe hoher Schornsteine;
- d) wirtschaftlicherer Einsatz von Heiz- und Brennstoffen.

5. Für häusliche, gewerbliche und kleine industrielle Anlagen mit bodennahen Emissionen ist die Errichtung hoher Schornsteine und die Entfernung von Schwefeloxiden nach der Verbrennung technisch und wirtschaftlich nicht möglich. In einigen Fällen können Staubfilter verwendet werden. Die wirksamste Methode zur Verringerung der Emissionen aus diesen kleinen Emissionsquellen besteht in der Verwendung sauberer Heiz- und Brennstoffe.

6. Bei großen industriellen Emissionsquellen können nicht nur saubere Heiz- und Brennstoffe verwendet werden, sondern auch moderne Staubfilter eingebaut werden. Einige Länder betrachten es außerdem als durchführbar, Entschwefelungsverfahren anzuwenden. Es ist außerdem bei den meisten Witterungsverhältnissen möglich, nach dem Auffangen von staubförmigen Emissionen die restlichen Emissionen aus großen Anlagen mit Hilfe entsprechend gebauter hoher Schornsteine in der Luft zu verteilen. Unter ungünstigen Witterungsverhältnissen jedoch kann die Verwendung von sauberem Heiz- und Brennstoffen eventuell das einzige Mittel zur Herabsetzung der Immissionskonzentrationen darstellen.

7. Für den wirtschaftlichen Einsatz von Heiz- und Brennstoffen wurde u. a. folgendes vorgeschlagen:

- (i) optimaler kombinierter Einsatz von Strom und Wärmeenergie
- (ii) Einsatz von Fernheizung in bestimmten Gebieten bei geeigneten Klimaverhältnissen
- (iii) Verwendung von leistungsstarken Kesselanlagen und regelmäßige Wartung der vorhandenen Kesselanlagen
- (iv) Erlaß von Vorschriften und Festsetzung höherer Standards zur besseren Wärmeisolierung bei neuen Gebäuden.

Die allgemeine Frage des wirtschaftlichen Einsatzes von Heiz- und Brennstoffen ist Gegenstand einer Studie, die der Energieausschuß in Angriff genommen hat. Die vorliegenden Richtlinien enthalten deshalb keine Empfehlung in dieser Hinsicht.

Saubere Heiz- und Brennstoffe

8. Es wird betont, daß die in der Natur vorkommenden sauberen Heiz- und Brennstoffe knapp sind und daß es notwendig ist, sich nicht gegenseitig bei der Durchführung jener Luftreinhaltungsmaßnahmen zu behindern, die vom Vorhandensein sauberer Heiz- und Brennstoffe abhängig sind. Verfahren zur Reinigung der Heiz- und Brennstoffe durch teilweise Entfernung des Schwefels stehen zur Verfügung. Die Kosten für die Reinigung von Heiz- und Brennstoffen sind sehr unterschiedlich und richten sich nach der Art des Heiz- bzw. Brennstoffes und der entfernten Schwefelmenge.

Entfernung von Schadstoffen nach der Verbrennung

9. Moderne Staubfilter sind ohne weiteres zu beschaffen und ihr Einsatz im großen Maßstab wird als praktikabel betrachtet. Entschwefelungsverfahren für Rauch-

gase haben den industriellen Entwicklungsstand erreicht, doch nur wenige Länder sind der Meinung, daß sie zum jetzigen Zeitpunkt technisch und wirtschaftlich durchführbar sind.

Stickoxide

10. Neben Schwefeloxiden und staubförmigen Emissionen entstehen bei der Verbrennung von Heiz- und Brennstoffen auch beträchtliche Mengen von Stickoxiden. Der Umweltausschuß läßt von seiner Air Management Sector Group (AMSG) die im Zusammenhang mit Stickoxiden zu erwartenden Probleme untersuchen, insbesondere in bezug auf die Bildung photochemischer Luftverunreinigungen. Da die Endergebnisse dieser Untersuchung, insbesondere im Hinblick auf die wirksamsten Mittel und Wege zur Verringerung dieser Substanzen, noch nicht vorliegen, sind die Stickoxide in die vorgesehenen Leitlinien nicht mit einbezogen.

**Bekanntmachung
über Verwaltungsmaßnahmen gemäß Abschnitt IV
der Vereinbarung über die Zusammenlegung
der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Rheinschiffsverkehr**

Vom 17. Januar 1975

Die Oberfinanzdirektion Düsseldorf und der Directeur der Rijksbelastingen in Arnheim haben am 18. November/31. Dezember 1974 die Änderung ihrer Vereinbarung vom 15. Oktober 1971/14. April 1972 (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 583) vereinbart. Die Vereinbarung wird nachstehend bekanntgemacht.

Bonn, den 17. Januar 1975

Der Bundesminister der Finanzen
Im Auftrag
Dr. Christiansen

Vereinbarung
zur Änderung der Vereinbarung zwischen der Oberfinanzdirektion Düsseldorf
und dem Directeur der Rijksbelastingen in Arnheim
über Verwaltungsmaßnahmen gemäß Abschnitt IV der Vereinbarung
vom 4. Mai/9. Juni 1971 über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung
im Rheinschiffsverkehr vom 15. Oktober 1971
vom 14. April 1972

Im Einvernehmen mit dem Grenzschutzamt Kleve wird die vorstehend genannte Vereinbarung wie folgt geändert:

I. In Abschnitt E Buchstabe b wird der letzte Satz (nach „... Fronleichnam“) wie folgt ergänzt:
„... und für die niederländischen Verwaltungen der Tag der Königin („Koninginnedag“).

II. Abschnitt F erhält folgende Fassung:

„F Abendabfertigung

1. Für Schiffe, die für die Abendabfertigung an den dafür bestimmten Steigern in Lobith anlegen wollen, gelten außerdem die folgenden Öffnungszeiten:

An Werktagen:

Vom Ende der normalen Öffnungszeiten (Abschnitt E) bis 24 Uhr mit der Einschränkung, daß an den Werktagen vor dem ersten Ostertag, dem ersten Pfingstag, dem

ersten Weihnachtstag und dem Neujahrstag nach dem Ende der normalen Öffnungszeiten keine Abfertigung vorgenommen wird.

An Sonn- und Feiertagen:

Keine Abfertigung.

2. Während der in Nr. 1 genannten Öffnungszeiten werden nur Leerschiffe oder Schiffe mit solchen Ladungen abgefertigt, die in der Tal-fahrt vom Inspecteur der In-voerrechten en Accijnzen in Lobith und in der Bergfahrt vom Vorsteher des Hauptzollamts Emmerich allgemein für die Abendabfertigung zugelassen worden sind.

3. Bergfahrende Schiffe werden an den für die Abendabfertigung bestimmten Steigern nur abgefertigt, soweit tal-fahrende Schiffe diese Steiger nicht in Anspruch nehmen wollen.“

Die Änderungen gelten ab 1. Februar 1975.

Düsseldorf, 18. November 1974

Oberfinanzdirektion
In Vertretung
Dr. Stenger

Arnheim, 31. december 1974.

Der Directeur der Rijksbelastingen
S. M. Koopmans

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.